

202511_SACH_016

Antragsteller:

Mitgliedsnummern:

eMail-Adressen:

Datum: 2. November 2025

Inhalt des Sachantrags: 13-Ziele-Programm der Partei dieBasis

abstimmungsfähiger Wortlaut:

Der Bundesparteitag möge Folgendes beschließen:

Die Partei dieBasis entwickelt ein kompaktes 13-Ziele-Programm, das sich an dem nachfolgend wiedergegebenen Vorschlag orientiert.

1. Eine Demokratie bis hinauf in die Bundesebene entwickeln, in der die Bevölkerung Gesetzgebungskompetenz hat
2. Grund- und Menschenrechte schützen und ausbauen
3. Krieg in all seinen Formen stoppen - den militärischen, wirtschaftlichen, biologischen und psychologischen
4. Frieden schaffen durch ein neutrales Deutschland und ein Europa ohne NATO
5. Bundeswehr auf reine Landesverteidigung reduzieren, Auslandseinsätze und Waffenexport stoppen
6. Fluchtursachen wie Krieg, Repression, Armut und Ausbeutung bekämpfen
7. Wirtschaft im Interesse der Menschen befördern, Mittelstand schützen
8. Ein soziales Gemeinwohl-Deutschland mit einem von Lobby-Interessen befreiten Bildungssystem schaffen
9. Echte Gewaltenteilung mit unabhängigem Rechtssystem entstehen lassen
10. Meinungsfreiheit sowie staats- und großkapitalferne Medien befördern

11. Undemokratische, militaristische EU durch Bund souveräner, demokratischer und friedlicher Staaten ersetzen
12. Einführung digitaler Zentralbankwährungen verhindern, Bargeld erhalten
13. Von Pharma-Lobby und WHO unabhängiges, patientenorientiertes Gesundheitssystem schaffen

Ausführlicher mit Erläuterung:

1. Eine Demokratie bis hinauf in die Bundesebene entwickeln, in der die Bevölkerung Gesetzgebungskompetenz hat

Eine Demokratie, in der die Wähler alle paar Jahre ihre Stimme "abgeben" und dann keine Kompetenz mehr haben, in den Gesetzgebungsprozess mit bindender Wirkung einzugreifen, ist keine echte Demokratie. Eine solche braucht die Möglichkeit, über Volksinitiativen wie in der Schweiz, wichtige - auch bundespolitische - Entscheidungen einschließlich Grundgesetzänderungen bewirken zu können.

2. Grundrechte und Demokratie schützen und ausbauen

Insbesondere die so genannte Corona-Pandemie, die Robert F. Kennedy jr. 2020 (seit Januar 2025 US-Gesundheitsminister) als seit Jahrzehnten geplant bezeichnet hat, zeigt, dass Grund- und Menschenrechte extrem gefährdet sind. Sie sind bereits eklatant ausgehebelt worden. Das Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit sowie das Versammlungsrecht wurden eingeschränkt. Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit ist

besonders durch die "Impfkampagne" beseitigt worden. Offizielle Zahlen deuten darauf hin, dass bereits Millionen Menschen an den "Nebenwirkungen" ums Leben gekommen sind oder bleibende gravierende Schäden davongetragen haben. Andere essentielle Grund- und Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit fehlen im Grundgesetz. Sie müssen ergänzt werden.

3. Krieg in all seinen Formen stoppen - den militärischen, wirtschaftlichen, biologischen und psychologischen

Wie es beim Bundesparteitag in Bonn im September 2023 beschlossen worden ist, muss der Blick auf den Krieg in all seinen Formen gerichtet werden. In der Begründung zum verabschiedeten Antrag heißt es: "Es ist nicht nur der militärisch geführte Krieg – zurzeit insbesondere der Stellvertreterkrieg des US-Imperiums mit seiner NATO gegen Russland – der eine Bedrohung für die Menschen darstellt. Der Krieg ist vielschichtig. Die Operation 'Corona' – mit Biowaffeneinsatz gegen große Teile der Menschheit – ist nicht beendet... Auch die Operationen 'Klima' und 'Einführung einer digitalen Zentralbank-Währung' sind Formen des Krieges gegen die Menschen. Die global operierenden Strategen sind sehr einfallsreich."

4. Frieden schaffen durch ein neutrales Deutschland und ein Europa ohne NATO

Wie es beim Bundesparteitag in Bonn im September 2023 beschlossen und in Zusammenhang mit den friedenspolitischen Leitlinien bereits konsensiert

ist, muss Deutschland dem in Grundgesetz und 2+4-Vertrag von 1990 beschriebenen Friedensgebot gerecht werden, indem es durch Kündigung des Vertrags über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (auch Truppenstationierungsvertrag genannt) und Austritt aus der NATO neutral wird. Nur so kann das Führen illegaler Kriege von deutschem Boden aus beendet werden.

5. Bundeswehr auf reine Landesverteidigung reduzieren, Auslandseinsätze und Waffenexport stoppen

Neben der Beseitigung kriegerischen Potentials durch Kündigung von Truppenstationierungs- und NATO-Vertrag muss auch der Bundeswehr ihr Aggressionspotential genommen werden. Das Generieren von "Sondervermögens" genannten Kriegskrediten ist entschieden abzulehnen. Deutschland muss dem Friedensgebot von Grundgesetz und 2+4-Vertrag auch durch die Beendigung jeglicher Waffenexporte gerecht werden.

6. Fluchtursachen wie Krieg, Repression, Armut und Ausbeutung bekämpfen

"Wir" dürfen "unsere" Flüchtlinge nicht selber herbeibomben. Es gilt, den Ursachen von Flüchtlingsströmen zu begegnen. Das betrifft sowohl die Menschen, die aufgrund von Krieg, Repression, Armut und Ausbeutung nach Deutschland drängen, als auch für die Menschen, die Deutschland verlassen, weil sie die Repression nicht mehr ertragen können, die ihnen aufgrund ihres Widerstands gegen das Unrecht im eigenen Land - z.B. im Zuge der Corona-Pandemie-Maßnahmen - widerfahren ist und weiter widerfährt.

7. Wirtschaft im Interesse der Menschen befördern, Mittelstand schützen

Die "Great Reset" genannten Planungen der Welt-"Elite" mit ihrem Sprachrohr World Economic Forum (WEF) zielen darauf ab, den Großteil der Menschen zu enteignen und damit "glücklich" zu machen. Es geht um eine forcierte Umverteilung von unten nach oben. Dazu zählt auch die Zerstörung der mittelständischen Wirtschaft. Dem muss Einhalt geboten werden. Insgesamt muss die Wirtschaft in erster Linie nicht am Profit sondern an den (echten) Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden.

8. Ein soziales Gemeinwohl-Deutschland mit einem von Lobby-Interessen befreiten Bildungssystem schaffen

Im Grundgesetz Artikel 20 heißt es: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus..." Diese im Grundgesetz definierte soziale Ausrichtung muss Realität werden. Staat und Wirtschaft müssen am Gemeinwohl der Menschen orientiert sein. Das Bildungssystem muss von nicht demokratisch legitimierten Lobby-Organisationen wie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, englisch: Organisation for Economic Co-operation and Development), deren Einflussnahme sich im PISA-System zeigt, befreit werden. Das Bildungssystem muss vielmehr unabhängiges, eigenständiges Denken und Handeln befördern.

9. Echte Gewaltenteilung mit unabhängigem Rechtssystem entstehen lassen

Die Rechtsprechung der vergangenen Jahre zeigt, dass Richter sich nicht am Recht orientieren. Urteile gegen kritische Ärzte und politisch Aktive, die das vorherrschende Unrecht anprangern, legen davon Zeugnis ab. Das darf so nicht bleiben. Es muss ein Rechtsstaat geschaffen werden, der diese Bezeichnung verdient. Insbesondere muss es eine unabhängige Staatsanwaltschaft geben, die nicht von den Weisungen aus der Ministerien abhängig ist.

10. Meinungsfreiheit sowie staats- und großkapitalferne Medien befördern

Der Einfluss der Mainstream-Medien, die auch Herrschaftsmedien genannt werden könnten, muss zurückgedrängt werden. Sie verbreiten in großem Stil Desinformation, schüren Feindbilder und agieren insgesamt kriegstreiberisch. Medien die entsprechend des Pressekodex tatsächlich der Wahrhaftigkeit verpflichtet sind und unabhängig von Macht- und Kapitalinteressen kritisch berichten, müssen gefördert werden. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen einer echten demokratischen Kontrolle unterworfen werden und zu einer objektiven, ausgewogenen Berichterstattung verpflichtet werden.

11. Undemokratische, militaristische EU durch Bund souveräner, demokratischer und friedlicher Staaten ersetzen

Die Europäische Union (EU) ist mit ihrem Vertrag von Lissabon ein undemokratisches, militaristisches Konstrukt und dabei Bestandteil des

westlichen Imperiums. Das so genannte Europa-Parlament gibt diesem Konstrukt nur eine Scheinlegitimation. Die so genannte Europäische Kommission als Machtzentrale mit ihren Lobbyisten ist nicht von den Bevölkerungen der EU-Staaten gewählt. Dieses Konstrukt muss deshalb durch einen Bund souveräner, demokratischer und friedlicher Staaten ersetzt werden.

12. Einführung digitaler Zentralbankwährungen verhindern, Bargeld erhalten

Die durch Organe wie das World Economic Forum (WEF) oder die "Zentralbank der Zentralbanken", die für die Finanzierung der Militärmaschinerie des Hitler-Faschismus bekannte "Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" (BIZ) in Basel, in Vorbereitung befindliche Einführung digitaler Zentralbankwährungen gefährdet wesentlich unser aller Freiheit. Menschen würden damit in einer nie dagewesenen Weise kontrollierbar und könnten bei missliebigem Verhalten ausgeschaltet werden. Deshalb muss dieser Prozess gestoppt werden und das Bargeld erhalten bleiben.

13. Von Pharma-Lobby und WHO unabhängiges, patientenorientiertes Gesundheitssystem schaffen

Die Pharma-Lobby mit ihrer WHO hat kein Interesse an gesunden Menschen. Sie will an kranken Menschen verdienen. Deshalb muss der Prozess der Privatisierung des Gesundheitswesens und die damit verbundene Welle von Krankenhausschließungen gestoppt und ein alternatives, am menschlichen

Wohl orientiertes Gesundheitssystem aufgebaut werden.

Begründung:

Die Partei dieBasis braucht für das Wirken in der Öffentlichkeit ein knapp gehaltenes, überschaubares Programm, das in Kürze vermittelt, was die Partei dieBasis auszeichnet und von anderen Parteien unterscheidet und somit deutlich macht, weshalb die Partei unverzichtbar ist.